

NIEDERSCHRIFT StuB/022/2012

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 11.12.2012 im Kultursaal **der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Hans-Joachim Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz Becks
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Ralf Flüchter
Herr Dr. Rolf Sommer

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Thomas Walbaum

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Knüwer

Von der Verwaltung:

Herr Gerd Mollenhauer	ab TOP 4.1 ö. S.
Frau Michaela Besecke	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Becks beantragt, den Tagesordnungspunkt 3. „Errichtung eines Fahrradunterstandes mit Elektroladestation am Rathaus“ von der öffentlichen Tagesordnung abzusetzen und nichtöffentlich zu beraten. Begründen wolle er seinen Antrag in nichtöffentlicher Sitzung.

Dem Antrag des Herrn Becks wird einvernehmlich gefolgt.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa hier: Ergebnis der Anliegerbefragung**

Frau Besecke erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage für den Bezirksausschuss.

Auf Nachfrage von Herrn Walbaum, ob man hier von einem Windpark oder einem Windrad spreche, verweist Frau Besecke auf die bereits vorhandenen Windräder auf Altenberger Gebiet. Zudem solle geprüft werden, ob neben dem Standort 1 weitere Standorte möglich sind. Grundsätzlich werde der Bereich aufgrund der vorhandenen Infrastruktur als geeignet angesehen.

Herr Knüwer weist darauf hin, dass der Windenergie doch bereits mit der Ausweisung des Windeignungsbereiches Osthellermark Raum gegeben wurde und diese Fläche von der Bezirksregierung und den Gerichten abgesegnet sei.

Frau Besecke erläutert, dass der Windenergie substantiell Raum gegeben werden müsse. Ob das mit den 3 Anlagen der Fall sei, wisse sie nicht. Sie gehe davon aus, mit einer vierten Anlage gute Chancen zu haben. Im Übrigen habe das Gericht zur Konzentrationsfläche Osthellermark festgestellt, dass der bisherige Flächennutzungsplan nichtig sei, weil der Windenergie nicht genug Raum gegeben wurde. Also könne man aus dem Urteil nur den Schluss ziehen, dass zwei Windräder nicht reichen.

Herr Flüchter stellt heraus, dass die Fragebogenaktion richtig gewesen sei. Die Anregungen der Bürger sollten ernst genommen werden. Er könne der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Herr Kortmann führt aus, dass der Windpark nur im Konsens mit den Anwohnern entstehen dürfe. Kritisch sehe er aber, dass überschüssiger Strom nicht weitergeleitet werde, sondern einige Windräder abgeschaltet würden, wenn zu viel Strom erzeugt werde.

Frau Besecke teilt mit, dass die RWE auf Nachfrage mitgeteilt hätten, dass das an diesem Standort nicht der Fall sei, weil der Strom über die 110-KV-Leitung direkt dort hingelange, wo er benötigt werde.

Frau Mollenhauer betont, dass bei einer inhaltlichen und finanziellen Beteiligung der Stadt aber die Gewinnmaximierung nicht ausgeschlossen werden sollte.

Herr Spengler erklärt, dass er der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Es sei gut, dass die Bürger beteiligt wurden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Konzept zur Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa weiterzuarbeiten. Neben dem Standort 1 ist zu prüfen, ob weitere Standorte möglich sind. Dazu werden die betroffenen Belange (z. B. Nachbarschutz, benachbarte Windkraftanlagen, Überschwemmungsgebiet) auch mit den Fachbehörden möglichst umfassend vorgeprüft und die Ergebnisse mit den Betroffenen und den Initiatoren erörtert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie sich die Stadt Billerbeck an dem Windpark inhaltlich und finanziell konkret beteiligen kann.

Stimmabgabe: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

2. Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 8 Wohneinheiten an der Gerburgisstraße

Der Ausschuss schließt sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

Beschluss:

Zu dem beantragten Vorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

Keine

4. Anfragen

4.1. Obstbäume hinter dem Sportplatz - Herr Brockamp

Herr Brockamp weist darauf hin, dass nicht nur die neu gepflanzten, sondern auch die bestehenden Obstbäume hinter dem Sportplatz gegen Kaninchenfraß geschützt werden müssten.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

4.2. Instandsetzung des Weges zwischen dem Dreitelkamp und der Berkelaue - Herr Spengler

Herr Spengler führt an, dass im Bereich des Kindergartens Dreitelkamp Erde abgetragen wurde und dabei der Weg zwischen Dreitelkamp II und der Berkelaue in Mitleidenschaft gezogen wurde. Hier müsse noch nachgearbeitet werden.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

4.3. Zuständigkeit für die Reinigung der Leitpfosten/blau Wildwarnreflektoren - Herr Becks/Herr Knüwer

Herr Becks erkundigt sich, wer für die Reinigung der Leitpfosten entlang der Straßen zuständig sei und in welchem Turnus diese gereinigt würden. Die Leitpfosten entlang der L 506 auf der Beerlage seien total verschmutzt.

Herr Mollenhauer sagt zu, beim Straßenbaulastträger nachzufragen.

Herr Knüwer weist ergänzend darauf hin, dass auch die blauen Wildwarnreflektoren nicht mehr zu erkennen seien. Gerade in dieser Jahreszeit sei die Wirkung aber wichtig. Er erkundigt sich, wer diese reinige und ob evtl. die Jäger hierfür zuständig seien.

Herr Mollenhauer geht davon aus, dass die blauen Reflektoren automatisch bei der Reinigung der Leitpfosten mit gereinigt werden. Er werde aber nachfragen und berichten.

4.4. Bebauungsplanverfahren Hamern - Herr Flüchter

Herr Flüchter weist darauf hin, dass es im Bebauungsplanverfahren Hamern Bestimmungen zum Artenschutz gebe und erkundigt sich, ob diesbezüglich bereits etwas in die Wege geleitet wurde.

Frau Besecke räumt ein, dass sie hieran noch arbeiten müsse.

4.5. Blaue Wildwarnreflektoren - Herr Schulze Temming

Herr Schulze Temming bittet die Verwaltung, die Wildunfallzahlen abzufragen, damit ggf. auch andere Straßen mit den blauen Reflektoren ausgestattet werden.

Herr Mollenhauer sagt das zu.

4.6. Organisation des Streudienstes - Herr Kortmann

Herr Kortmann fragt an, wie sichergestellt werde, dass der Streudienst im Bedarfsfall rechtzeitig alarmiert werde. Bei dem Blitzeis in der letzten Woche sei die Landstraße auf der Beerlage sehr glatt gewesen. Außerdem sei das Auto seiner Frau in einer Tempo 30 Zone kaputt gefahren worden.

Herr Mollenhauer führt aus, dass auf der Beerlage auf der Landstraße der Landesbetrieb zuständig sei. Der Tag, an dem das Blitzeis eingesetzt habe, sei ein Sonderfall gewesen. Bei Glättegefahr prüfe morgens ein Mitarbeiter die neuralgischen Punkte und entscheide, ob ein kleiner

Trupp nur die neuralgischen Punkte streue oder der komplette Bauhof ausrücke. Außerdem habe man Zugriff auf das Portal des Landesbetriebes, das sehr detaillierte Wetterinformationen beinhalte. In der besagten Nacht sei es nicht glatt gewesen. Erst morgens mit aufklarendem Himmel sei punktuell Blitzeis entstanden. Hierfür könne man nicht vorsorgen.

Herr Kortmann merkt an, dass der Einmündungsbereich Zu den Alstätten/Gerburgisstraße bei entsprechendem Wetter immer glatt sei und hierauf ein besonderes Augenmerk gelegt werden sollte.

Herr Mollenhauer verweist auf den Streuplan, der alle wesentlichen Punkte beinhalte. Vom Gesetz her sei die Stadt zuständig für das Streuen auf Gehwegen vor städt. Grundstücken, ausgewiesenen Fußgängerüberwegen und bei Gefällesituationen vor Einmündungen oder Kreuzungen. Alles andere sei Service. Selbst die Schulbusstrecken müssten nicht gestreut oder geräumt werden. Auch in Wohngebieten müsse die Stadt nicht tätig werden und könne dieses auch nicht. Hier seien die Anlieger selber verpflichtet. Insofern bitte er um Verständnis.

4.7. Kreuzungsbereich L 506/550 - Herr Kösters

Herr Kösters weist darauf hin, dass an der Kreuzung ehem. Tombrink durch parkende Baustellenfahrzeuge die Sicht stark eingeschränkt sei. Von Havixbeck kommende Verkehrsteilnehmer, die links in Richtung Billerbebeck abbiegen wollten, müssten bis in den Kreuzungsbereich hinein fahren, um sehen zu können, ob von rechts PKW nahten. Herr Mollenhauer sagt zu, den Straßenbaulastträger hierauf hinzuweisen.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin